

## Bundesausschuss: Auftakt für das Jahr 2009

Nach erfolgreichem Jugendtreffen Start in **nonpd**-Kampagne

**Informationen und Diskussionen über die Fortsetzung der Kampagne »nonpd – NPD-Verbot jetzt!« prägten den ersten Tag der Bundesausschuss-Sitzung der VVN-BdA am 17. und 18. Januar 2009 in Magdeburg.**

Beginnend mit dem 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz – dem zentralen Gedenktag an die Opfer des Faschismus, der gleichzeitig daran erinnert, wie mit der Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933 das Verhängnis eingeleitet wurde –, wird die Kampagne für ein Verbot der NPD nun mit neuen Ansätzen und neuem Material weitergeführt. (Ausführliches dazu in der Sonderbeilage im Zentrum dieses Heftes und auf weiteren Seiten dieser *antifa*).

Über das Antifaschistische Jugendtreffen Anfang Januar in Berlin berichteten Esther Broß und Paul Bauer aus dem Organisationsteam und Mitglieder des Bundesausschusses, die als Referenten in Arbeitskreisen, auf dem Po-

diurnum bei der Abschlussdiskussion oder einfach als Teilnehmer dabei waren. Alle waren sich einig, dass Treffen und Konzert mit insgesamt rund 400 Besucherinnen und Besuchern ein Erfolg waren. In der Diskussion gab es einige Anregungen, wie sich Werbung und Mobilisierung und damit auch die inhaltliche und politische Breite künftig noch verbessern ließen.

#### Justizverfahren gegen VVN-BdA eingestellt

In Berichten aus Bundessprecherkreis und Bundesgeschäftsstelle wurde unter anderem über das eingestellte Verfahren gegen VVN-BdA-Bundessprecher Ulrich Sander informiert (und über Versuche der Gebirgsjäger-Kameradschaft, ihre Niederlage in ihren Publikationen in einen Erfolg umzuwandeln). In diesem Zusammenhang kamen auch die nach wie vor bestehenden Entschädigungsforderungen von Opfern und Nachkommen in den von der deut-

lichen Wehrmacht heimgesuchten Ländern zur Sprache. Durch die Klage der Bundesregierung in Den Haag mit dem Ziel, sich endgültig der historischen Verantwortung zu entledigen, ist eine neues Feld der Auseinandersetzung entstanden.

Bundesgeschäftsführer Thomas Willms konnte die erfreuliche Mitteilung machen, dass die *antifa* inzwischen in 14 von 16 Landesvereinigungen als Mitgliederzeitung verbreitet wird. Außerdem wies er darauf hin, dass seit Jahresbeginn Formulare für Beitritts-Interessierte auf der VVN-Homepage zu finden seien. Ausgefüllte Erklärungen – von denen bereits eine Reihe eingegangen seien – würden sofort den zuständigen Landesvereinigungen zugeleitet.

#### Seminar zum Nahostkonflikt

Weitere Diskussionsschwerpunkte waren die Finanzplanung 2009 und – mit Bezug auf eine Presseerklärung des Bundesspre-

cherkreises – der Krieg in Gaza. Finanziell kommen auch in diesem Jahr große Anforderungen auf die Organisation und ihre Landes- und Kreisvereinigungen zu. Viel wird hier davon abhängen, in welchem Umfang es gelingt, neue Mitglieder zu werben und das Spendenaufkommen für die Aktivitäten der VVN-BdA zu erhöhen.

Zum Nahostkonflikt wurde beschlossen, in absehbarer Zeit ein zentrales Seminar der VVN-BdA zu veranstalten. Cornelia Kerth hatte zu dem Thema ein Thesenpapier erstellt, das mit einigen kleinen Überarbeitungen als Arbeitsmaterial für die Seminarvorbereitung genutzt werden soll. Abgelehnt wurde (mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung) ein Antrag, in dem gefordert wurde, dass Bundessprecherkreis und Bundesausschuss wegen unterschiedlicher Einschätzungen der Rollen Israels und Palästinas in der VVN-BdA-Mitgliedschaft künftig keine öffentlichen Erklärungen mehr zum Nahostkonflikt abgeben sollten. **E. A.**

Erinnerungen erscheinen im Frühjahr 2009

## Peter Gingold hinterließ Autobiographie

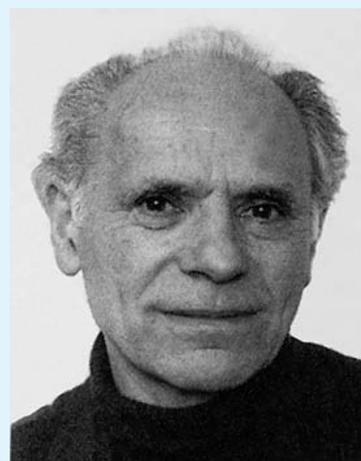
**Wenn sich am 8. März der Geburtstag von Peter Gingold jährt, dann geht ein langjähriger Wunsch von ihm – wenn auch nachträglich – in Erfüllung: Seine autobiographischen Aufzeichnungen erscheinen als Buch. Unter dem Titel »Paris – Boulevard St. Martin No. 11, Ein jüdischer Antifaschist und Kommunist in der Résistance und der Bundesrepublik« legt der Kölner PapyRossa-Verlag diese Erinnerungen in einer mit Bildern und Dokumenten angeereicherten Ausgabe vor.**

Peter Gingold (1916 – 2006) war einer der profiliertesten jüdischen Widerstandskämpfer und Kommunisten in der Bundesrepublik. Besonders seit den 70er Jahren trat er als Redner auf po-

litischen Kundgebungen, bei Aktionen gegen Naziaufmärsche und als Zeitzeuge in Schulen und bei Jugendgruppen auf. Als Bundessprecher der VVN-BdA hat er bis zuletzt aktiv für die Organisation gewirkt.

Und er hatte viel zu berichten: Seine Erfahrungen aus der Zeit des aufkommenden Faschismus in Deutschland, Exil in Frankreich und sein Kampf in den Reihen der französischen Résistance (Illegalität, politische Agitation unter deutschen Besatzungssoldaten, Flucht aus den Fängen der Gestapo und Teilnahme am Aufstand von Paris 1944).

Den 8. Mai 1945, das »Morgenrot der Menschheitsgeschichte«, erlebte er in Turin in den Reihen der italienischen Resistenza. Zurückgekehrt über Wien und Berlin



gestaltete er den politischen Neuanfang in Deutschland aktiv mit, musste jedoch erleben, wie er und seine Familie als Kommunisten fast zwei Jahrzehnte Rechtlosigkeit ausgesetzt waren. (Kommuni-

stenverfolgung, Ausbürgerung und Berufsverbot seiner Tochter).

Aber er verstand sich bei seinen zahlreichen Gesprächen mit jungen Menschen insbesondere als »Mut-Macher«, der immer wieder die Perspektive formulierte: »Nie aufgeben!« **U. Schn.**

#### Bibliographie:

**Peter Gingold**

**Paris – Boulevard St. Martin No. 11 Ein jüdischer Antifaschist und Kommunist in der Résistance und der Bundesrepublik.**

Hrsg. von Ulrich Schneider  
**Neue Kleine Bibliothek 136, etwa 180 Seiten, Abbildungen, ca. EUR 14,90, PapyRossa-Verlag Köln, SBN 978-3-89438-407-4**

**Vorbestellungen sind schon jetzt möglich.**

# »Bedrohung wurde verharmlost«

## Nach Passauer Anschlag: Mahnwache vor Innenministerium

**Bundesweite Medienbeachtung fand eine Mahnwache, die – initiiert von der VVN-BdA – am Samstag, 20. Dezember 2008, vor dem Bayerischen Innenministerium am Münchner Odeonsplatz stattfand. Anlass waren der Mordanschlag auf den Passauer Polizeichef, die bis zum Zeitpunkt der Kundgebung bekannt gewordenen Fakten und der bisherige Umgang von Staatsregierung und Behörden mit neofaschistischen Bedrohungen und Provokationen.**

Mit der Mahnwache wurde die Forderung nach einer Wiederaufnahme des Verbotsverfahrens gegen die neofaschistische NPD bekräftigt und der über 130 Todesopfer von Neonazi-Terror und -Gewalt seit 1990 gedacht. VVN-BdA-Landessprecher Ernst Grube begrüßte die über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus unterschiedlichen politischen Spektren, die sich trotz kurzfristiger Vorbereitungszeit und eisiger Kälte zur Mahnwache eingefunden hatten. Im folgenden Auszüge aus seiner Rede:

»Am 26. Juni 1945 kam ich – befreit aus dem Konzentrationslager Theresienstadt – nach München zurück. Meine Eltern, meine Geschwister und die Überlebenden der Konzentrationslager waren davon überzeugt, dass der Faschismus in unserem Land keine Chance mehr hat. Wir vertrauten fest auf den Beschluss des Potsdamer Ab-



Mahnwache vor dem Bayerischen Innenministerium. Auf Tafeln werden die Namen der Opfer von Neonazi-Anschlägen in den letzten Jahren genannt.

Bilder: privat

kommens, in dem es heißt: 'Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen'.

Heute, 63 Jahre nach der Niederschlagung des Faschismus, jubeln die Nazis wieder. Sie sind wieder wählbar. Sie sitzen in über 200 Kommunal-, Kreis- und Bezirksparlamenten und sind in zwei Landesparlamenten vertreten. Ihre Aufmärsche und Versammlungen

wurden bisher vom Innenministerium gegen die demokratische Öffentlichkeit und entgegen dem Willen vieler Kommunen geschützt. Die Gefahr, die Bedrohung durch die Neonazis, wurde konsequent verharmlost. Ungehindert mar-

### 136 Menschen von Neonazis ermordet

schierten sie am 15. November durch München. Ihr vom Münchner Kreisverwaltungsreferat verbotener 'Heldengedenkmarsch' wurde mit nicht zu rechtfertigenden Gründen vom Obersten Bayerischen Verwaltungsgericht wieder genehmigt.

Noch im Sommer hatte Innenminister Herrmann verbreitet, er könne nicht feststellen, dass die rechten Umtriebe zunehmen. Frau Merk, Justizministerin, hat nun vor wenigen Tagen die Zunahme der Delikte und Verbrechen der Neonazis bekannt gegeben: So ist die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen Straftaten gegen Ausländer um 30 Prozent gestiegen. Bei Körperverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund gibt es einen Zuwachs von 140 Prozent auf 29 Fälle.

Seit 1990 wurden in der Bundesrepublik Deutschland mindestens 136 Menschen: Ausländer, Behinderte, Obdachlose, politische Gegner von Neonazis, ermor-

det. Darunter waren mindestens sechs Opfer aus Bayern. 1988 wurde in Schwandorf ein Haus von einem Neonazi angezündet, das überwiegend von Türken bewohnt war. In den Flammen starben vier Menschen. Vor zwei Jahren wurde ein 22-jähriger Punk in Lindau von Neonazis fast totgeschlagen. Heute ist Robert ein Pflegefall und befindet sich in einem Altenheim.

Die Neonazis bedrohen ihre politischen Gegner im Internet, beschmierern deren Häuser, zerstoßen Reifen an deren Autos, wie in Fürth in diesem Jahr, und sie greifen sie tödlich an. Viele Menschen scheuen aus Angst eine Anzeige. Oder die Ermittlungen verlaufen „ohne erkennbaren rechtsextremistischen Hintergrund“ im Sand! In all diesen Fällen hielt sich die Anteilnahme der Bürger in Grenzen; Nachrichten über rechte Gewalt waren meist nicht erwünscht. Politische Repräsentanten fehlten oft, wo Solidarität und Unterstützung gebraucht wurde.

Es zeigt sich auch, dass die von uns und anderen geäußerte massive Kritik am neuen Bayerischen Versammlungsgesetz vollkommen berechtigt war und ist. Woche für Woche erweist sich, dass dieses Gesetz nichts, aber auch gar nichts hilft, wenn es darum geht, neofaschistische Aktivitäten zu unterbinden. Wohl aber werden mit ihm

(Fortsetzung auf Seite 3)

### Aus der Erklärung der VVN-BdA Bayern

Wir erwarten vom Innenministerium, vom bayerischen Staat und von allen politisch Verantwortlichen, dass sie nicht bei starker Rhetorik stehen bleiben. Wir fordern, dass

- ▼ die Voraussetzungen für ein Verbot der NPD und aller rechtsextremen Gruppierungen zügig geschaffen werden
- ▼ Naziaufmärsche und Veranstaltungen verboten und unterbunden werden
- ▼ bei allen rechtsextremen

Straftaten konsequent ermittelt wird und der Strafrahmen ausgeschöpft wird.

- ▼ die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß informiert wird
- ▼ Schluss gemacht wird mit der Rechts-Links-Gleichsetzung, wenn es um die Gefährdung Demokratie geht.
- ▼ die vielfältigen Initiativen gegen Naziumtriebe im Land endlich finanziell, ideell und vor allem langfristig unterstützt werden.

**Wir gratulieren ...**

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der **antifa** sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

**Januar**

Lina Haag, München, 102 Jahre; Anni Aechter, Herbsleben, 97 Jahre; Hilde Kaim, Bamberg, 86 Jahre; Herta Brich, Weiden, 85 Jahre; Hilde Prockl, München, 84 Jahre; Paula Baummeister, Geilsheim, 83 Jahre; Ingeborg Weber, München, 75 Jahre; Bernd Michl, München, 70 Jahre; Gunter Eder, Tüßling, 60 Jahre.

**Februar**

Hans Koller, München, 82 Jahre; Günther Martin, Hohenpeißenberg, 80 Jahre; Erika Angele, München, 75 Jahre; Christian Pauldrach, Hallerndorf, 70 Jahre; Angela Antoni, München, 65 Jahre; Meike Lefin, Egling, 65 Jahre; Hugo Molter, Forchheim, 65 Jahre; Sylvia Schilbach, Bad Endorf, 65 Jahre.

**Mit der Gruppe Coincidence  
»Gegen das Vergessen«**

*Bejarano-Konzerte in drei Städten*



**An die 500 Menschen kamen in den Tagen um den 9. November 2008 in Augsburg, München und Ingolstadt zu den Konzertveranstaltungen mit Esther und Edna Bejarano und der Gruppe Coincidence.**

»Gegen das Vergessen. Zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht« war das Programm mit jiddischen und antifaschistischen Liedern aus Ghetto und Widerstand überschrieben. Veranstalter wurde die Tournee von der VVN-BdA Bayern in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung, teil-

weise kamen weitere Mitveranstalter hinzu.

Esther Bejarano, Ehrenvorsitzende der VVN-BdA und nahezu 85 Jahre alt, begeisterte mit Energie, Stimmkraft und kämpferischem Optimismus. Zu den Konzertbesucherinnen und -besuchern gehörten viele jüngere Menschen aber auch Überlebende der nationalsozialistischen Konzentrationslager und deren Angehörige. Zahlreiche Anwesende suchten nach Konzertende das Gespräch mit Esther, ihrer Tochter Edna und den anderen Künstlern.

Bild aus München: Werner Rauch

**Augsburg und Braunau:  
Proteste gegen  
Nazi-Läden**

**Trotz scheußlichen Wetters forderten am 20. Dezember etwa 2000 Demonstrantinnen und Demonstranten in Nürnberg die Schließung des »Thor-Steinar«-Bekleidungs-Ladens in der Dr.-Kurt-Schumacher-Straße.**

Die Demonstration war der vorläufige Höhepunkt einer Kampagne gegen das Geschäft, das sich mit seinem Angebot an neofaschistische und rechtsextremistische Kundenkreise wendet. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis, in dem sich auch die ver.di- und die IG-Metall-Jugend besonders engagieren. Nicht zuletzt deshalb, weil sich der braune Laden provokativ gegenüber dem Nürnberger Gewerkschaftshaus und der »Straße der Menschenrechte« eingerichtet hat.

**Spenden an die  
VVN-BdA Bayern**

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.

Unser Konto: VVN-BdABayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

An den Protesten beteiligten sich auch mehrere Nürnberger Stadträte.

Zum gleichen Thema heißt es in einem Aufruf des KZ-Verbandes Oberösterreich: »Thor Steinar« stoppen – Braunau darf nicht zum Nazi-Mekka werden. 'Thor Steinar' gilt in der rechtsextremen Szene als Kultmarke. Der 'Thor-Steinar'-Laden in Braunau droht die oberösterreichische Bezirkshauptstadt zu einer Pilgerstätte für Neonazis aus ganz Österreich sowie dem süddeutschen Raum zu machen. Nicht nur das öffentliche Ansehen der Stadt ist dadurch mehr als gefährdet: Braunau läuft Gefahr, zunehmend zu einem zentralen Punkt der organisierten Neonazi-Szene zu werden.«

**Weitere Informationen – auch zur Möglichkeit, mit Solidaritätsunterschriften dagegen zu protestieren – im Internet unter: <http://www.braunau-gegen-rechts.at>.**

**»Bedrohung wurde verharmlost« (Fortsetzung von Seite 2)**

demokratische Grundrechte abgebaut. Wen wundert es da, dass die Neonazis Oberwasser haben und ihre Gewalt auch gegen Polizisten richten.

**NPD-Verbot würde Nazis entscheidend schwächen**

Wie viel ist ein Menschenleben wert? Gibt es Menschenleben, die es mehr oder weniger wert sind, ge-



Für die VVN-BdA Bayern sprach Landessprecher Ernst Grube.

schützt zu werden? Erst nach dem Mordversuch in Passau erklärte der Innenminister, dass nun mit aller Härte gegen Neonazis vorgegangen werden müsse. Besser spät als nie, aber: So lange die neofaschistische NPD das Parteienprivileg

genießt und mit allen materiellen, finanziellen und organisatorischen Vorteilen ausgestattet ist, wird sie ihren politischen Einfluss und Terror verstärken. Gerade hier in Bayern, wo der Nährboden für Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus groß ist.

Kein demokratischer Mensch, keine demokratische Einrichtung, keine Kommune kann dafür sein, dass Neonazis wieder wählbar sind, und dass wir gezwungen sind, deren verbrecherische Politik und Gewalt gegen uns zu finanzieren. Ein Verbot erübrigt natürlich nicht die Aufklärung und Auseinandersetzung mit neonazistischen Strömungen und Umtrieben. Aber ein Verbot der NPD würde den Aktionsradius der Neonazis auf Jahre hinaus entscheidend einengen.“

Redaktion: Ernst Antoni  
VVN-BdA Bayern  
Frauenlobstr. 24, 80337 München  
Tel.: (089) 531786  
Fax: (089) 5389464  
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

**Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!**

# Keine Nazis und Rassisten in die Parlamente!

28. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW

## Aufruf

Die seit 28 Jahren stattfindende Konferenz – eine gemeinsame Veranstaltung antifaschistisch engagierter Gruppierungen, Organisationen und Personen – soll diesmal in Wuppertal unter dem Arbeitstitel stehen: »Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente!« Mit Blick auf die bevorstehenden Kommunal-, Bundestags- und Europawahlen soll die Konferenz diesmal darauf fokussiert sein, möglichst den Nazis und Rassisten den Ausbau ihrer parlamentarischen Positionen zu verwehren und ihnen bereits vorhandene parlamentarische Positionen streitig zu machen.

Angesichts der zunehmenden Gewaltexzesse der Neonazis geht es darum, neue Strategien gegen Rechts zu entwickeln, die Antifaschistinnen und Antifaschisten die Lage zu versetzen, vom Reagieren auf Neonazi-Attacken zum offensiven Agieren gegen Nazis und Rassisten zu gelangen.

Die Konferenz soll dazu ein Hilfsmittel sein. Neue Strategien und Taktiken der Nazis, mit »neuen Lösungen«, neuem »Outfit« Punkte zu machen, sind zu entlarven. Unter neuen Markenzeichen agierende Nazis und Rassisten – »pro NRW« – sind zu enttarnen. Wir wollen den Umgang des Staates mit diesem alten »Phänomen« untersuchen. Gemachte Erfahrungen mit Nazis, mit »pro NRW«, aber auch Fragen des Umgangs mit der »Staatsgewalt« und ihrer Rolle im behutsamen Umgang mit Nazis sind zu erörtern. Auch ein vernünftiger Umgang mit den verschiedensten Wegen antifaschistischen Engagements ist zu üben. Sich kennen zu lernen, voneinander zu lernen und trotz mancher unterschiedlichen Herangehensweise im antifaschistischen Kampf in der Lage zu sein, schließlich gemeinsam zu handeln.

Lasst uns daran gemeinsam in Wuppertal arbeiten!

**i.A. Kurt Heiler, Koordinierungsgruppe antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW**



## Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen

**Samstag, 7. Februar 2009, 11 bis 17.30 Uhr,**

**Gesamtschule Else-Lasker-Schüler,  
Wuppertal, Eingang Oberstraße 19**

Einlass ab 10.30 Uhr (Beginn: 11.00 Uhr)

Moderation: Kurt Heiler, Aachen

Eröffnung: Statement zu Sinn und Ziel der 28. Konferenz von **Ulrike Düwel**, Landessprecherin der VVN-BdA NRW

Außerdem erwarten wir Stellungnahmen von

**Sevim Dagdelen** (MdB-Die Linke), Bochum,

**Marc Neumann** für den DGB Bezirk NRW, pädagogischer Leiter der DGB-Jugendbildungsstätte in Hattingen, Leiter des Arbeitskreises gegen Rechts,

**Prof. Dr. Wolfgang Dreßen** (FHS-Düsseldorf),

**Monika Düker** (MdL-NRW, Bündnis 90/Die Grünen)

Mittagspause

Plenumsdiskussion Stichwort: »Antifa-kontrovers«

Arbeitskreise

Schlusswort

## Vorschläge für Arbeitsgruppen

### 1. Die Erben der REP's

Pro NRW will Spitzenreiter des Rassismus werden. Großmäulig und voller Hass auf alles, was nicht deutsch aussieht. Ewig-Gestrige, die gefährlich sind, weil sie vorhandene Ressentiments und Ängste bündeln.

### 2. Militante Nazistrukturen Im Umbruch

»Wie sehen die denn aus?« Die Neonazis klauen Musikstile, Klamotten und Losungen der Linken. Ist ihre Militanz neu? Was machen die Neonazis vor Ort?

### 3. Der Staat - ihr Freund und Helfer

Was ist so nützlich an den äußersten Rechten, dass sie systematisch geschützt werden und warum wird Engagement gegen Rechts so oft kriminalisiert? Welche Gründe aus konservativer und linker Sicht stehen gegen ein Verbot? Welche dafür?

### 4. Außenpolitische Zuspitzung und Kriegführung

Zunehmende Konflikte erfordern innenpolitische Formierung und Überwachung der Gesellschaft. Die Militarisierung des Landes schreitet voran und die Nazis sind dabei die treuesten Verbündeten.

### 5. Arbeit in Bündnissen

In den meisten Städten gibt es Bündnisse gegen Rechts. Manchmal gibt es 2 oder noch mehr Bündnisse vor Ort. Welche Erfahrungen in der Zusammenarbeit gibt es, wovon können wir lernen, was ist zu vermeiden?

## Organisatorisches

**Kontakt** zur Koordinationsgruppe zur Vorbereitung der Konferenz: VVN-BdA NRW (s. Impressum).

**TeilnehmerInnenbeitrag:** Wird erhoben. Alle unterstützenden Organisationen und Initiativen werden um finanzielle Beiträge gebeten. Neonazis und Rassisten sind auf der Konferenz unerwünscht und müssen draußen bleiben.

# Führungswechsel bei der DVU

## Hamburger Worch-Gefährte folgt Frey

**Der 37-jährige Matthias Faust aus Hamburg wurde am 11. Januar zum neuen Bundesvorsitzenden der neofaschistischen DVU gewählt. Dr. Gerhard Frey, der kurz vor seinem 76. Geburtstag steht, trat angeblich aus Alters- und Krankheitsgründen zurück. Stellvertretende Bundesvorsitzende wurden der Rechtsanwalt Ingmar Knop, Dr. Thomas Mehnert und der altgediente Hans Weidenbach.**

Gerhard Frey hatte die DVU ursprünglich 1971 als »überparteiliche« Sammlungsbewegung gegründet und 1987 in eine Partei überführt. Die DVU war bisher eine Phantompartei mit einem sehr kleinen Funktionärsanteil, in totaler politischer und finanzieller Abhängigkeit von Gerhard Frey und bestand im Wesentlichen aus den Lesern der altbackenen Nationalzeitung.

Matthias Faust ist erst seit dem Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg DVU-Mitglied. Stationen seiner Laufbahn waren auch die Reps und die NPD in Bre-



Mit unklarer Zukunft: Die DVU.

Bild: VVN-BdA Hamburg

men. Seit kurzem ist er außerdem Landesvorsitzender der Hamburger DVU. Seit der Bürgerschaftswahl hat sich das Verhältnis von Matthias Faust zur NPD und zu den Freien Nationalisten wieder deutlich entspannt. Ein besonders gutes Verhältnis pflegt Faust zu Christian Worch. Erst im November 2008 nahmen beide an einem Aufmarsch im niedersächsischen Esens teil.

Eine gute Beziehung hat Faust auch wieder zur örtlichen NPD unter Jürgen Rieger. Der neue DVU-Chef nahm im letzten Jahr nicht nur am Bundesparteitag der NPD und dem Naziaufmarsch am 1. Mai teil, sondern machte mehrere Saal-Veranstaltungen mit Funktionären der NPD. Faust ist gelernter Versicherungskaufmann (früher bei der Hamburg-Mannheimer).

### Ein Wandel bei der DVU?

Es ist sicherlich schwierig, jetzt schon sichere Prognosen über die Zukunft von Faust und der DVU abzugeben. Viele Beobachter und auch viele Neonazis glauben aber, dass unter Faust eine Annäherung an die NPD und die Kameradschaftsszene stattfindet. Was sind also die Ausgangsbedingungen.

Die DVU war immer bei Gerhard Frey hoch verschuldet – dies erhielt die Abhängigkeit von seiner Person. Ein Putsch war damit fast ausgeschlossen. Bis nach der Bundestagswahl im September ist die DVU im Deutschlandpakt mit der NPD verbunden. Die Wahlabsprachen dürften bleiben – nur in Thüringen tritt nun die NPD statt der DVU an. Das Funktionärspersonal bleibt auch nach dem Parteitag daselbe wie unter Frey. Die, im Vergleich zur NPD biedere, auf ein konservatives Image bedachte Basis, natürlich auch.

**(Fortsetzung auf Seite 6)**

## NORDRHEIN-WESTFALEN

# Polizei darf bei Neonazi-Aufmarsch Viertel abriegeln

## Innenminister nennt Schutz für Nazis »Gewährleistung der Versammlungsfreiheit«

**In Aachen haben Neonazis an Heiligabend einen Aufmarsch durchgeführt. »Da habt ihr die Bescherung«, war ihr Motto. Den 40 Nazis standen 400 Demokraten gegenüber, die riefen: »Wir sind Aachener – Nazis sind es nicht.«**

In Dortmund geschah dies wenige Tage zuvor: In einer Grundschule in Dortmund-Lütgendortmund pachteten Nazis unter dem Decknamen »SV Tremonia e.V.« eine Sporthalle, um den Straßenkampf zu üben. Der Verein war vor einem Jahr gegründet worden. Behörden verwiesen die Nazis des Hauses.

Am 6. September hatten Dortmunder Neonazis in einem Aufmarsch 18 Polizeibeamte verletzt, gegen 172 Nazis wurde ermittelt.

Die Polizei hatte 40 000 Bürger der Ruhrmetropole zugunsten der Neonazis am Verlassen des Viertels gehindert.

Diese Bevorzugung der Rechten wurde jetzt vom Landesinnenminister erneut bekräftigt. Die Polizei habe das Recht, bei Neonazi-Aufmärschen notfalls ganze Stadtviertel hermetisch abzusperrten und Gegendemonstrationen weiträumig von rechten Kolonnen fernzuhalten. Gegendemonstrationen könnten zudem verboten werden, wenn sie keine Meinungsäußerung zum Ziel haben, sondern allein der Verhinderung des rechten Aufmarsches dienen sollen. So wird die Blockade der Nazi-Aktionen untersagt.

Das geht aus zwei Antworten der Landesregierung auf Anfragen der

Dortmunder SPD-Abgeordneten Gerda Kieninger hervor. Das Innenministerium stellt darin fest, Dortmunds Polizei habe am 6. September 2008 richtig gehandelt, als sie City-Teile abriegelte, Bus- und Bahnverkehr verbot und Besuchern sogar den Zugang zu Wohnungen erschwerte.

Es sei in Zukunft »bindend« für örtliche Behörden, die Durchführung der Nazi-Demonstrationen im »zulässigen Umfang« zu gewährleisten, wobei die Einschränkungen der Grundrechte anderer »möglichst gering« zu halten seien. Diese hätten Einschränkungen generell aber hinzunehmen. Insgesamt müssten Polizei und Behörden eine Abwägung vornehmen.

Die Landesregierung beruft sich auf die Rechtsprechung des Bun-

desverfassungsgerichts. Dies habe »die herausragende Stellung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit« immer wieder betont. Die VVN-BdA hat eine Verfassungsklage gegen das Vorgehen der Polizei in Karlsruhe eingereicht. Und in Dortmund findet am 31. Januar ein Demonstration zum Polizeipräsidium Dortmund statt. Beginn 12 Uhr am Hauptbahnhof Dortmund. Gefordert wird der Rücktritt des Dortmunder Polizeipräsidenten. Auch die VVN-BdA gehört zu den Aufruffern. **U.S.**

Redaktion: Ulrich Sander  
Landesbüro der VVN-BdA NRW,  
Gathe 55, 42107 Wuppertal,  
Tel.: (02 02) 45 06 29  
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,  
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

# Nein zum Park Postkolonial

## Kolonialer Denkmalschrott für Harburg?

**In Harburg soll auf der Schlossinsel ein »Park Postkolonial« entstehen. Die Initiative kommt von einer Hamburger Künstlerin, unterstützt von der Grün-Alternativen Liste (GAL). Da die GAL in Hamburg wie in Harburg Regierungspartei ist, könnte der Plan Chancen haben, in die Tat umgesetzt zu werden.**

Kernstück des Parks sollen Denkmäler werden, die zurzeit in irgendwelchen Kellern oder Schuppen vor sich hinrotten und für die Kolonialisierung stehen. Dazu gehören das Wissmann-Denkmal, das vor der Hamburger Universität stand und in den 1968ern von Studenten vom Sockel gestürzt wurde, ferner der Wandsbeker Sklavenhändler Schimmelmann, General Lettow-Vorbeck von der »Schutztruppe« in Deutsch-Ostafrika sowie Nazi-Kitsch wie das 1939 eingeweihte Askari-Relief, das ursprünglich in Jenfeld an der Lettow-Vorbeck-Kaserne stehen sollte und nach Protesten wieder in der Versenkung verschwand.

Die Künstlerin will diese Denkmäler verfremden, damit sich die Betrachter mit dem Kolonialismus kritisch auseinandersetzen können. Verfremdungen oder Gegen Denkmäler produziert man aber zu bereits existierenden Denkmälern, die man nicht mag, aber aus verschiedenen Gründen nicht abreißen will. Peinlicher, in Kellern lagernder Schrott sollte gar nicht erst ausgestellt werden, auch nicht verfremdet. Die Harburger Fraktion der Partei Die Linke ist strikt gegen dieses Projekt. Ursprünglich sollte der Park in der Hamburger Hafen-City angelegt werden. Dort wollte man aber neben dem Lohseplatz, von wo die Deportationen nach Theresienstadt, in die Gettos von Lodz, Minsk und Riga und in die Vernichtungslager begannen, keinen zweiten Gedenkort haben. So ist man auf die Idee gekommen, den Denkmalschrott in Harburg zu entsorgen. Harburg hat aber zur Zeit der Kolonialisierung nicht zu Hamburg gehört, die ausgestellten Figuren haben überhaupt kei-



Das Askari-Relief auf dem Gelände der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne zeigt einen Kolonialoffizier mit vier Askari-Soldaten, die im ersten Weltkrieg auf deutscher Seite kämpften. Bild: VVN

nen Bezug zu Harburg.

Die Linkspartei ist stattdessen für einen Industriepark Harburg, wo die Geschichte der Industrialisierung gezeigt werden kann. In diesem Zusammenhang kann auch dargestellt werden, in welchem Umfang Harburgs stark rohstoffabhängige Industrie vom Kolonialismus profitiert hat. Im Mittelpunkt sollte die »Geschichte von unten« stehen, die Arbeits- und Lebensbedingungen, das Wachstum der Arbeiter- und Frauenbewegung.

Harburg ist eine Arbeiterstadt mit einer früher starken Arbeiterbewegung. Hier einen Mann wie Lettow-Vorbeck auszustellen, der 1919 bei den sogenannten Sülze-Unruhen auf Befehl Noskes in Hamburg einmarschierte und sich 1920 am Kapp-Putsch beteiligte, wäre eine nicht zu überbietende Provokation. Es ist schon schlimm genug, dass nach diesem Arbeitermörder und Putschisten eine (inzwischen geschlossene) Hamburger Kaserne benannt wurde.

**Hans-Joachim Meyer**

# 34 neue Stolpersteine

## »Gedenken in Harburg« rief zum Gedenken für Sintis

**Am 13. und 18. Dezember verlegte der Kölner Künstler Gunter Demnig in Harburg und Wilhelmsburg 34 neue Stolpersteine. Beide Stadtteile haben nun 134 dieser mit den Messingplättchen »Hier wohnte« oder »Hier arbeitete« versehenen Steine für die Opfer der Nazidikatur.**



Stolpersteine für die neunköpfige Sinti-Familie Weiss Bild: hjm

Das ist eine Zahl, die uns freut, aber auch bedrückt, weil sie zeigt, wie viele dieser Menschen als Nachbarn unter uns lebten und irgendwann in die Zuchthäuser oder Lager verschwanden. Von den 34 geehrten Mitbewohnern waren elf jüdische Menschen, neun Sinti, sieben Kommunisten, fünf ermordete Behinderte oder angeblich Behinderte, einer Sozialdemokrat und einer homosexuell.

Parallel zu der Verlegung fand in der Bugenhagen-Kirche an der

Rönneburger Straße eine Gedenkveranstaltung statt, zu der die Initiative »Gedenken in Harburg« aufgerufen hatte. Mehrere Angehörige der Opfer waren zugegen. Im Mittelpunkt stand die neunköpfige Sinti-Familie Weiss, die zuletzt in der gleichen Straße ein paar Häuser weiter gewohnt hatte. Die Familie (darunter ein fünfjähriges Kind) wurde wie viele andere

Hamburger Sinti am 16. Mai 1940 festgenommen, in eine Polizeiwache und dann in einen Lagerschuppen im Hamburger Freihafen verschleppt und vom Güterbahnhof am Lohseplatz ins Konzentrationslager Belzec in Ostpolen deportiert. Wann und wo die Familie angekommen ist, wissen wir nicht. Nach der Veranstaltung zogen die Teilnehmer in einem Schweigemarsch zum letzten Wohnort der Familie Weiss und weihten die neun Stolpersteine symbolisch ein.

Ende 2008 gab es insgesamt rund 17 000 Stolpersteine an 402 Orten in Deutschland, Österreich, Ungarn, den Niederlanden, Tschechien und Polen. Hamburg ist inzwischen die Stadt mit den meisten der kleinen Gedenksteine (rund 2400). Gunter Demnig wurde für sein Lebenswerk bereits mehrfach ausgezeichnet.

**Hans-Joachim Meyer**

## Wechsel bei der DVU

(Fortsetzung von Seite 5)

Matthias Faust muss also zuerst sehen, wie er zu Geld kommt. Kann er keine neuen Ressourcen erschließen, dann bleibt die DVU eine Phantompartei. Die Schlimmste Variante wäre sicherlich, wenn NPD und DVU eine gemeinsame Partei bilden und ein Teil des Frey'schen Vermögen zur Finanzierung dient. Selbst wenn dann einige neonazistische Kameradschaften die »Volksfront« aufkündigen würden, würde damit auch im Westen der BRD die neofaschistische Formierung eine neue Qualität bekommen. **Felix Krebs**

Redaktion: W. Siede  
Den nächsten Redaktionschluss bitte erfragen.  
Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA  
Landesvereinigung Hamburg  
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,  
Tel.: (040) 314254  
E-Mail: wn-bda.hh@t-online.de

# Eine andere Gedenkstätte

Norbert Wollheim-Memorial im Angesicht der IG Farben-Zentrale

**Dreizehn Bildtafeln mit Fotos aus dem friedlich familiären Leben jüdischer Menschen, die später Zwangsarbeit im KZ Buna-Monowitz leisten mussten, führen im Park des Campus Westend der Frankfurter Goethe-Universität zu einem Pavillon, der die Nummer 107984 trägt.**

Es ist die Häftlingsnummer Norbert Wollheims in Auschwitz. Ihm gilt die von Heiner Blum gestaltete Installation – eine andere, ungewöhnliche Gedenkstätte: Wohldurchdacht, symbolträchtig und zugleich informativ. Keine Statue sondern ein Memorial, das Auskunft gibt.

Denn der Pavillon mit Wollheims Häftlingsnummer steht gegenüber jenem Gebäude, das einst Hauptsitz des IG Farbenkonzerns war, der im Dienste des Nazi-Regimes verantwortlich war für Sklavenarbeit und massenhaften Tod in Auschwitz. Norbert Wollheim überlebte. In den fünfziger Jahren gelang es ihm, in einem



Der Ausstellungspavillon gegenüber dem IG Farben-Sitz.

Bild: P.A.

Musterprozess Entschädigungsansprüche gegen die IG Farben durchzusetzen – einzigartig im damaligen Nachkriegsdeutschland und ein Zeichen der Hoffnung für viele andere Überlebende.

Im Innern des Pavillons berichten Norbert Wollheim und weitere Überlebende in 24 Videointerviews von ihrer Kindheit, Jugend

und Familie, vom jüdischen Alltag, schließlich von ihrer Deportation und KZ-Haft.

**Peter Altmann**

**Der Pavillon ist auch gedacht als Ort für Studientage und Seminare, die das Fritz Bauer-Institut anbietet. Auskünfte und Anmeldungen zu Führungen: Tel. (0 69) 79 83 22-32**

## Fulda: Auftakt für neue Kampagne

**Am 8. November 2008 provozierte die NPD Hessen mit einem Aufmarsch – vorgeblich zum Gedenken an den Jahrestag der Grenzöffnung. Mehr als 2000 Menschen aus Fulda und der Region protestierten mit verschiedensten Aktionsformen gegen diese Provokation.**

Städtische Honoratioren und ein breites Jugendbündnis führten den ganzen Tag Kundgebungen, Protestmärsche und andere Aktionen gegen den Naziaufmarsch durch. Während auf der städtischen Auftaktkundgebung allein sechs CDU-Vertreter sprachen, kamen auf der Bündnisveranstaltung auch antifaschistische Organisationen zu Wort. Dr. Diether Dehm (MdB, Die LINKE) kritisierte vorangegangene Versuche der Ausgrenzung des Jugendbündnisses als »extremistisch«.

Als Bundessprecher der VVN-BdA rief Dr. Ulrich Schneider dazu auf, diese Aktion als Auftakt für eine neue Kampagne für ein NPD-Verbot zu nehmen: »Wir werden '1000 Argumente für ein NPD-Verbot' liefern. Schon jetzt rufen wir alle Aktiven auf, aber auch diejenigen, die durch ihre Unterschrift unter den Appell an die Abgeordneten gezeigt haben, dass sie gegen die NPD aktiv werden wollen, in kurzen Statements deutlich zu machen, dass und warum sie für ein Verbot der NPD eintreten. Ich bin mir ganz sicher, die 1000 Begründungen für ein Verbot der NPD werden wir ganz schnell erreichen. Vielleicht erreichen wir 10 000 und mehr. Wahrscheinlich brauchen wir noch viel mehr, damit die Abgeordneten endlich bereit sind zuzuhören und diesen Argumenten folgen.

Ihr alle, die ihr heute hier gegen die NPD aufgestanden seid, ihr habt mit dieser Aktion bereits ein deutlich hörbares und sichtbares Argument für den Verbotantrag geliefert.«

Nach dieser Aktion haben mehrere Freunde einen Aufnahmeantrag für die VVN-BdA gestellt. Noch in diesem Jahr wird es wohl in Fulda wieder eine Kreisvereinigung geben.

# Aktionstage gegen Rechts

Offenbach mit Ausstellungen und Filmen gegen Rechts

**Das Bündnis COURAGE, zu dem auch die Offenbacher Kreisvereinigung der VVN-BdA gehört, veranstaltete in der ersten November-Hälfte zwei Aktionswochen gegen Rechts.**

Kern war die Ausstellung der DGB-Jugend Hessen mit dem Titel: »...gerade Dich, Arbeiter, wollen wir.« Nationalsozialismus und freie Gewerkschaften im Mai 1933. Eine sehr gut gemachte und informative Ausstellung, die im Offenbacher Rathaus-Foyer zu sehen war.

Schon am Sonntag vorher, dem 2. November lief die antifaschistische Stadtrundfahrt, mitorganisiert

von der VHS und der Geschichtswerkstatt. Der von den Offenbacher Verkehrsbetrieben kostenlos bereitgestellte Bus fuhr 25 Interessierte drei Stunden durch die Stadt.

COURAGE zeigte im Kino Cinemaxx drei Filme für Schulklassen und Jugendliche: den Film

**COURAGE zeigt Filme gegen Neofaschismus**

»Just a kiss« über die Probleme des Zusammenlebens von jungen Menschen verschiedener Herkunft, den Film »Kombat sechzehn« über den 16-jährigen Georg, der in die Neo-Nazi-Szene gerät und deren ganze Brutalität erlebt, und schließlich den Film »Die Welle«. Besonders von Schulklassen wurden die Vorführungen gut besucht.

Am 9. November, dem 70. Jah-

restag der antijüdischen Pogrome fand die Gedenkveranstaltung und Kranzniederlegung am Mahnmahl, Rathaus Südseite statt.

Am Mittwoch, 12. November folgte im Rathaus die gut besuchte Veranstaltung »Der 1. Mai 33 in Offenbach« mit einem Vortrag von Jochen Röver und dem Zeitzeugen Robert Galm. Den Abschluss bildete am 14. November eine Veranstaltung für Jugendliche, hauptsächlich organisiert vom Stadtschülerrat. Es gab Lifemusik gegen Rechts von Schülerbands im Musicalsaal des Starthauses. Hier hätten sich die Bands und die Organisatoren allerdings mehr Besucher gewünscht.

**Barbara Leissing**

Redaktion: Peter Altmann  
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,  
Eckenheimer Landstr. 93,  
60318 Frankfurt,  
Tel. und Fax: (0 69) 5 97 05 24.

Wir bitten um Spenden für  
den Landesverband Hessen!  
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen  
Postbank Frankfurt  
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Erster Preis für  
Frankfurter Schule

## Ein Song gewinnt »Die Gelbe Hand«

Zum vierten Mal zeichnete der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« junge Menschen für ihre Aktivitäten gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus mit dem Preis »Die gelbe Hand« aus. Im Rahmen der Preisverleihung am 4. Dezember 2008 in Hannover übergab der niedersächsische Innen- und Integrationsminister Uwe Schünemann, Schirmherr des Wettbewerbs, die Preise an die Gewinnerinnen und Gewinner:



»Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Wettbewerbs 'Die gelbe Hand' haben ein deutliches Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gesetzt.« Den ersten Preis gewannen Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schule Berta Jourdan aus Frankfurt am Main. Sie texteten einen Song über Rassismus, Mobbing und Diskriminierung, den sie anschließend in einem Tonstudio einsangen. Darüber hinaus entwickelten sie ein vorbildhaftes pädagogisches Unterrichtsmodul, das sie in einer anderen Schule erprobten.

Aus der Beschreibung der Schülerinnen und Schüler der Berta Jourdan Schule: »Ein Mädchen aus unserer Klasse (Rabia) schrieb ein Lied über diese Themen. Es berührte uns alle und wir übten es zusammen zu singen. Unserer restliche Klasse sangen wir es vor und sie gaben uns Ratschläge, was wir besser machen könnten.« In einem weiteren Schritt kontaktierten die Schülerinnen und Schüler die Schwantaler Schule in Frankfurt.

# Knast für Neonazis

## Zwei Jahre und drei Monate Haft nach Überfall auf Jugendcamp

**Nach einem Überfall von Neonazis auf ein Zeltlager der links-parteinahen Jugendorganisation solid in Nordhessen hat das Landgericht Kassel den Hauptangeklagten Kevin S. am 12. Januar wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt.**

Die Richter sahen es als erwiesen an, dass der 19jährige am 20. Juli 2008 zusammen mit weiteren Neonazis das Camp am Neuenhainer See überfallen und dabei mit einem Klappspaten und einer Bierflasche auf ein 13jähriges Mädchen und dessen 23jährigen Stiefbruder eingeschlagen hat. Das Mädchen erlitt Blutergüsse sowie eine Gehirnerschütterung und klagt bis heute

über Angstzustände.

Mit seinem Urteil entsprach das Gericht der Forderung der Staatsanwaltschaft. Der Verteidiger des Angeklagten, der ehemalige NPD-Landtagskandidat Dirk Waldschmidt, hatte sich gegen eine Haftstrafe ausgesprochen. Auslöser des »dummen Zwischenfalls« sei der Alkoholkonsum seines Mandaten gewesen, so Waldschmidt. Die Staatsanwaltschaft hielt Kevin S. dagegen für voll schuldig, ging allerdings nicht von einer Tötungsabsicht aus.

Kevin S. gehörte der neofaschistischen Gruppierung »Freie Kräfte Schwalm-Eder« an, will sich von dieser aber inzwischen gelöst haben. Er hatte vor Gericht Reue bekundet und sich bei den Opfern entschuldigt. Der Angriff sei

»nichts Persönliches« gewesen, sagte er. Eine vom Rechtsbeistand der beiden Geschwister geforderte Teilnahme am hessischen Aussteigerprogramm »Ikarus« hatte Kevin S. jedoch abgelehnt. Ein solches Programm brauche er nicht, da er bereits mit der Neonaziszene abgeschlossen habe, so seine Begründung.

Vier weitere, an dem Überfall beteiligte Neonazis waren im Dezember bereits vom Amtsgericht Schwalmstadt verurteilt worden. Zwei der Angeklagten müssen danach eine Geldstrafe in Höhe von 200 und 400 Euro zahlen. Die beiden anderen wurden zu zwei beziehungsweise drei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Einer von ihnen muss zudem eine Geldstrafe von 1500 Euro zahlen. **A.P./J.W.**

# Frank Pötter – er wird uns fehlen

## Nachruf des Landesausschusses

**Am 8. Januar verstarb im Alter von 61 Jahren der Kamerad Frank Pötter aus Gießen.**

Er war einer der nachgeborenen Antifaschisten, die in Mittelhessen die VVN zum Bund der Antifaschisten weiterentwickelt haben. Sein Weg in die Organisation war geprägt durch die Kontakte und langjährige Zusammenarbeit mit Walter und Ria Deeg, zwei kommunistische Widerstandskämpfer, die in den 70er Jahren auf vielen Veranstaltungen in der Region jungen Menschen die Notwendigkeit organisierter antifaschistischer Arbeit vermittelte.

Frank Pötter übernahm bald Verantwortung für die gemeinsame Sache. Er wirkte im Gießener Kreisvorstand und im hessischen Landesvorstand der VVN-BdA. Auch in anderen Zusammenhängen, besonders in der Geschichtsarbeit, war er aktiv. Eines seiner Themen war die Aufarbeitung des SS-Massakers in Hirzenhain, das Jahrzehnte in der Öffentlichkeit verschwiegen wurde. Noch im Mai 2005 sprach er dort auf Einladung der Gießener Friedensinitiative.

Frank Pötter war als Religionspädagoge vielfältig gesellschaftlich und politisch engagiert. So leitete er im Religionspädagogischen Amt Gießen eine Arbeitsgruppe »Erinnerungsarbeit«. Er wurde als Beisitzer im Förderverein des Fritz-Bauer-Instituts berufen. Als Ergebnis dieser Arbeit konnte er als Mitglied der Initiativgruppe »Stolpersteine« in Gießen im April 2008 erleben, dass die ersten 23 »Stolpersteine« in der Stadt gesetzt wurden. Viele Jahre fuhr er mit Gruppen in die Jugendbegegnungsstätte KZ Buchenwald und versuchte dort, historische Erinnerungsarbeit und gesellschaftliche Motivation junger Menschen zu verbinden.

»Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!« bildete für Frank Pötter eine politische Einheit. Er beteiligte sich aktiv an den Ostermärschen und anderen Friedensaktionen. Sein Name findet sich auch unter dem Aufruf »Für Frieden und Gerechtigkeit - die Kriege beenden« aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der NATO. Er unterstützte damit Demonstrationen am 3./4. April 2009 in Straßburg und Baden-Baden gegen die NATO.

»Dem Frieden eine Chance« – das sollte auch unser Motto für die Erinnerung an Frank Pötter sein.

**Ulrich Schneider**

## Ausstellung in Bebra »Vor aller Augen«

Am 27. Januar wird in den Beruflichen Schulen Bebra die Ausstellung der Topographie des Terrors, Berlin, »Vor aller Augen« eröffnet. Bilder und Dokumente zeigen, wie der faschistische Terror insbesondere gegen jüdische Menschen schon 1933 in aller Öffentlichkeit stattgefunden hat. Damit beantwortet sie auch die Frage vieler junger Menschen, ob die deutsche Bevölkerung etwas von dem faschistischen Terror wissen konnte. Die Ausstellung aus Berlin wird ergänzt durch Fotos und Zeitungsausschnitte aus der Region, die zeigen, dass der Terror in der Provinz in gleichem Maße wie in der Stadt wahrzunehmen war.

# Keine Zukunft für die »Nationale Jugend«

## Naziaufmarsch in Berlin-Lichtenberg erfolgreich blockiert

**Etwa 600 Nazis hatten sich am Morgen des 6. Dezember unter dem Motto »Jugend braucht Perspektiven« für »ein nationales Jugendzentrum« nach Lichtenberg aufgemacht. 1600 Polizisten waren abgestellt um den Naziaufmarsch zu schützen.**

Aber es waren am Abend dann die 1500 Berliner Bürgerinnen und Bürger, die Zivilcourage gegen Nazis gezeigt hatten, welche diesen Tag als einen vollen Erfolg für sich verbuchen konnten. Mit drei Straßenblockaden wurde der Naziaufmarsch für Stunden aufgehalten. Schon zuvor war die Nazi-Route von zahlreichen Menschen belagert worden, »Nazis-raus«-Rufe und Pfiffe ertönten, altes Obst und Herbstlaub flog auf die nur mühsam vorankommenden Neonazis, zahlreiche antifaschistische Transparente hingen an Häusern sowie Jugend- und Kultureinrichtungen, die Straßenlaternen waren mit Plakaten – »Berlin gegen Nazis« – geschmückt worden. Auch die Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (DIE LINKE) beteiligte sich an den Blockaden. Polizisten trugen sie von der Straße und stellten ihre Personalien fest.

### Skandalöser Polizeieinsatz

Überhaupt boten die Protestierenden ein überaus buntes Bild: SchülerInnen standen neben ihren LehrerInnen, autonome Antifas neben GewerkschafterInnen, Mitglieder der Berliner VVN-BdA, alte Widerstandskämpfer und Überlebende des Holocaust neben zahlreichen Lichtenberger BürgerInnen, eine bunte Mischung, die im Laufe des Tages die Berliner Polizei auf eine harte Probe stellen sollte.

Die Berliner Polizei indes unterstützte den Plan der braunen Marschierer, verbot im Vorfeld sämtliche antifaschistische Gegenkundgebungen in räumlicher und zeitlicher Nähe zum Naziaufmarsch. Doch weder erreichten die Nazis ihr Ziel, durch „ihren“ Weitlingkiez zu marschieren, noch gelang es der Berliner Polizei, Lichten-



Blockade am 6. Dezember 2008 in der Sewanstraße. Rechts: Bürgermeisterin Christina Emmrich. Bild: Kappa-Photo

berg zur protest- und damit auch demokratiefreien Zone zu erklären. Als weit überzogen erwies sich der martialische Einsatz der Polizei, die den gespenstischen Naziaufmarsch mit einem enormen Aufwand an Personal und Technik begleitete. TeilnehmerInnen an den Protesten wurden bereits am Bahnhof Karlshorst durch eine weiträumige Absperrung daran gehindert, ihren Versammlungsort zu betreten und sich ungestört zu versammeln. Auf der Strecke wurden Gegendemonstranten nicht nur ständig abgedrängt, sondern bei den friedlichen Sitzblockaden gewaltsam von der Straße geschleift. Die Polizei brachte Wasserwerfer in Stellung und setzte sie später auch ein. Davon waren auch Bewohnerinnen und Bewohner aus Lichtenberg und sogar ältere Mitglieder der VVN-BdA betroffen. Die Folge waren gebrochene Arme, Schürf-

### Recht auf Blockade der Nazis ist unabdingbar

wunden, zerstörte Brillen. Von über 80 BlockiererInnen nahm die Polizei die Personalien auf. Ihnen drohen jetzt Anzeigen und Bußgelder, weil sie sich an Blockaden beteiligt hatten. Auf die rassistischen und antisemitischen Sprechchöre aus dem Nazi-Aufmarsch, z.B. »Nie, nie wieder Israel«, hingegen reagierte die Polizei nicht. Der SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier stellte dazu fest: »Die Polizei hat die Konfrontation zwischen Staat und Bürger gesucht.« Auch Bür-

germeisterin Christina Emmrich bewertete den Polizeieinsatz als »sehr hart«: »Die Polizei hätte den Neonazi-Aufmarsch abbrechen müssen, als klar war, dass er sich nur mit Gewalt durchsetzen lässt.«

Die Zivilgesellschaft hat am 6. Dezember in Berlin die von Politikern gern und oft geforderte »Zivilcourage gegen rechts« gezeigt. Die Berliner VVN-BdA erwarte nun, dass der skandalöse Polizeieinsatz im Berliner Senat kritisch ausgewertet wird. Wir erwarten weiterhin eine Entschuldigung der Berliner Polizei bei den DemonstrantInnen, die mit der Rücknahme aller angedrohten Bußgeldbescheide einhergeht.

**Arthur Nähring**

**Die Berliner VVN-BdA hat eine Unterstützungserklärung herausgegeben und ruft zu Spenden auf um die Antirepressionsarbeit zu unterstützen. Siehe Homepage [berlin.vvn-bda.org](http://berlin.vvn-bda.org). Wer sie mit seinem Namen und vielleicht auch mit einer Spende unterstützen will, kann sich per Post, E-Mail oder Telefon bei der Berliner VVN-BdA melden.**



Ob in Neukölln, Dresden, Halbe oder anderswo - Naziaufmärsche blockieren ist unser Recht!\*

\* Keine Kriminalisierung von Zivilcourage gegen Neonazis!



# Noch fehlt Begriff von »richtiger« Gedenkpolitik

Konferenz zu »Perspektiven linksradikaler Erinnerungspolitik«

**Während Veranstalter antifaschistischer Stadtrundgänge und Gedenkstätteninitiativen in der BRD der 1980er Jahre noch als »Nestbeschmutzer« beschimpft wurden, gehört eine offensive NS-Gedenkpolitik heute zum Standortmarketing der »Berliner Republik«. Anlässlich des 70. Jahrestages der Pogromnacht rief nun in Berlin die Initiative »mehr als gedenken« zum Austausch über »Perspektiven linksradikaler Erinnerungspolitik«.**



12. Juni 2007: Protest während des Festaktes des Bundespräsidenten zum Abschluss der Auszahlungen an Zwangsarbeiter. Bild: Kappa-Photo

Gedächtnispolitik war seit 1990 von einiger Bedeutung, geht es doch um nation building nach 40 plus 12 als negativ zu bewertenden deutschen Jahren. Eine »linksradikale« Verortung scheint in Bezug auf das NS-Gedenken allerdings schwieriger geworden: Es fehlt der eindeutige Gegner. Spätestens seit Rot-Grün ist zwar die Verstaatlichung des NS-Gedenkens im Zeichen einer »erwachsenen Nation« in vollem Gange. Dennoch wirkt unter dieser Schirmherrschaft ein breites Spektrum von Institutionen und Initiativen an geschichtspolitischen Aushandlungsprozessen mit, das kaum eindeutig in »gut« und »böse« zu scheiden ist.

Über hundert Leute fanden sich daher im Kreuzberger Mehringhof

ein, um Antworten auf die in der Einladung aufgeworfenen Fragen zu suchen: »Seien es die ZeitzeugInnen, die sterben, oder dass das deutsche Militär oder die Bundesregierung selbst einmütig des Holocausts gedenken, es stellt sich die Frage, was das Spezifische an linksradikaler Gedenkpolitik ist. Ist eine solche Abgrenzung sinnvoll? Was ist ihr Bezug auf die deutsche Vergangenheit? Wie hat sich dieser gewandelt? Was findet sie als sinnvolle Eingriffspunkte und welche Bedeutung hat Geschichtspolitik für uns in unseren aktuellen Kämpfen?«

Im einleitenden Podiumsgespräch waren die VVN-BdA, die An-

## Linksradikale Gedenkpolitik – gibt's die?

tifaschistische Initiative Moabit, die Berliner Initiative für den Zug der Erinnerung und der AK Angreifbare Traditionspflege vertreten. Man stimmte überein, dass geschichtspolitische Fragen in der radikalen Linken derzeit ein Randthema sind, wobei nicht zuletzt Berührungspunkte mit der staatlichen Gedenkkultur eine Rolle spielen könnten.

Anschließend wurden Workshops angeboten, beispielsweise zum DDR-Antifaschismus, zur entschädigungspolitischen Praxis des AK Distomo, zur Recherche und Protestpraktiken des AK Angreifbare Traditionspflege und zum geplanten »Zentrum gegen Vertreibungen«.

Im Workshop zu staatlichem Gedenken und Gedenkstättenpolitik - von einem Vertreter der VVN-BdA mitgestaltet - wurde beispielsweise der DDR-Antifaschismus im Verhältnis zum altbundesrepublikanischen Gedächtnisdiskurs thematisiert. Während in der BRD Perspektiven wie eine Würdigung des kommunistischen Widerstands »von unten« erkämpft werden mussten, dienten sie in der DDR der staatlichen Legitima-

tion. Linke Erinnerungspolitik müsse so entstandene Widersprüche erkennen und eigene historische Mythen kritisieren. Zudem fehle ein Begriff von »richtiger« Gedenkpolitik: Zwar wende man sich gegen »Gleichsetzung«, habe aber keine Position zur Geschichte der SBZ/DDR erarbeitet.

Gedenkstätten dürften außerdem keine Museen werden, son-

## Gedenkstätten als Orte der Auseinandersetzung

dern müssten Orte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung bleiben. Kritisiert wurde die zunehmende Verwissenschaftlichung und Musealisierung in Gedenkstätten, die sich oft über noch lebende ZeitzeugInnen hinwegsetze. Überhaupt wurde eine fehlende Offenheit von Gedenkstätten gegenüber Engagement und Kritik von außen bemängelt.

Das eigene Verhältnis zu Gedenkstätten wurde als ambivalent beschrieben. Während die einen Desinteresse äußerten und für eine »eigene« Gedenkkultur parallel zur staatlichen Erinnerungskultur plädierten, riefen anderen dazu auf, sich im Sinne einer »kritischer Begleitung« auch in bestehenden Gedenkstätten einzumischen.

Das Verhältnis zu Mehrheitsgesellschaft und offizieller Gedenkkultur wurde auch in der abschließenden Podiumsdiskussion noch einmal kontrovers diskutiert. Erwartungsgemäß konnte die Konferenz keine letztgültigen Antworten auf die gestellten Fragen geben. Allerdings ermöglichte sie einen fruchtbaren Austausch zwischen gedächtnispolitischen Initiativen. Vor allem aber stieß sie möglicherweise eine überfällige Diskussion zur politischen Positionierung in einem komplexer gewordenen gedächtnispolitischen Feld an.

**Cornelia Siebeck**

Eine Veranstaltung der Berliner VVN-BdA in Kooperation mit Helle Panke e.V. und der Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte

## Deutsche Antifaschisten im Gulag

Oswald Schneidratius im Gespräch mit Frido Seydewitz

Oswald Schneidratius' Vater Werner (1908-2000) verbrachte mit Frido Seydewitz (geboren 1919) mehrere Jahre in einem Arbeits- und Straflager an der Kolyma im Nordosten der Sowjetunion.

**im Robert-Havemann-Saal,  
Haus der Demokratie und Menschenrechte,  
Greifswalder Straße 4, Berlin. Eintritt: 1,50 Euro.**

Frido Seydewitz, 90 Jahre, emigrierte 1935 in die UdSSR. 1938 wurde er vom NKWD verhaftet und für 10 Jahre in Stalins Straflager geschickt. Die Zwangsarbeit auf den Goldfeldern von Kolyma am nordöstlichsten Zipfel Sibiriens, überlebte er nur durch ein Wunder. Sein Vater, Max Seydewitz, Redakteur und Schriftsteller, Autor zahlreicher Bücher, gehörte als Reichstagsabgeordneter zum linken Flügel der SPD. Von 1947 bis 1952 war er Ministerpräsident von Sachsen. Am 5. März 1948 konnte Frido Seydewitz nach Dresden zurückkehren.

Redaktion: Dr. Hans Coppi  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Tel.: (030) 29 78 41 78  
Fax: (030) 29 78 43 78  
Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>  
E-Mail: [berlin@vvn-bda.org](mailto:berlin@vvn-bda.org)

# Erinnerungssteine vor dem Geschäft

## »Thor Steinar«-Laden in Peine wieder geschlossen

**Anfang September 2008 eröffnete in Peine ein Laden, der »Thor-Steinar«-Kleidung im Angebot hatte. Das war umso empörender, als im Vorderbereich früher ein Geschäft bestand, das dem jüdischen Kaufmann Fels gehörte. Vier Stolpersteine erinnern an diese Familie.**

Relativ schnell lud das »Bündnis für Zivilcourage und Toleranz«, maßgeblich getragen von Peiner Gewerkschaftern und der VVN-BdA, zu einem Treffen ins Peiner Gewerkschaftshaus ein. Rund 60 Interessierte kamen zusammen, so viele wie lange nicht mehr. Peter Baumeister informierte über die Marke »Thor Steinar«, die bevorzugt von Menschen mit rechtsextrimer Gesinnung getragen wird.

Auf der Versammlung wurde be-

geschlossen, Infostände und eine Demo vorzubereiten und eine Resolution im Stadtrat einzubringen. Bald darauf wurde eine Scheibe des Geschäftes durch einen Steinwurf beschädigt. Dazu wurde geäußert, dass der Laden Ende Oktober seine Pforten schließt. Von der politischen Polizei wurde die Furcht davor geschürt, dass im Internet massiv für die Demo geworben wird, es wurde sogar von einer »Tsunami-Welle« gesprochen. All das führte zur Absage der Demonstration. Auch ein Dringlichkeitsantrag der Gruppe Grüne/Linke im Stadtrat, in dem gefordert wurde, »sich energisch gegen das Peiner Geschäft zu wenden« und alle »rechtlichen und politischen Möglichkeiten zu unterstützen, damit dieser Laden schließt«, fand keine Mehrheit. Sehr positiv waren zwei Info-

stände zu werten, an denen zahlreiche, vor allen Dingen jüngere Menschen, teilnahmen.

Die Peiner IG Metall und der DGB sowie das Bündnis für Zivilcourage und Toleranz und die VVN-BdA luden zu einer Veranstaltung mit Christine Böckmann aus Magdeburg ein. Sie berichtete von den Auseinandersetzungen mit eben diesem Laden in ihrer Heimatstadt und von der Ausstellung, die über die Marke »Thor Steinar« und über die rechte Gefahr informierte.

Hinter den Kulissen war besonders Bürgermeister Michael Kessler daran beteiligt, dass es zu einer Kündigung oder besser noch zu einem Aufhebungsvertrag mit dem Inhaber des Geschäftes kam. Nach zwei Monaten, Ende Oktober, hatten tatsächlich die Bemühungen

von verschiedenen Seiten Erfolg, und der Laden wurde geschlossen.

Auch der Peiner Stadtrat, wiederum auf Initiative der Gruppe Grüne/Linke, erklärte u.a. einstimmig in einer Resolution: »Durch das frühzeitige Setzen von Zeichen und durch die Auseinandersetzung mit der Marke ist es gelungen, dem Geschäft in Peine keine Möglichkeit zu bieten. Der Stadtrat setzt sich auch dafür ein, dass rechtes Gedankengut und Handeln in Peine nichts zu suchen hat.«

**Peter Baumeister**

## Leidensweg der Opfer nachgezeichnet

### Erneut wurden »Stolpersteine« in Peine verlegt

**Zum dritten Mal wurden in Peine Stolpersteine durch den Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt. Initiiert wurden diese vom Peiner Bündnis für Zivilcourage und Toleranz und der VVN-BdA.**

Während beim ersten Mal ausschließlich jüdische Bürger in der Fußgängerzone geehrt worden waren, wurde dieser Kreis beim zweiten Mal auch um politische Opfer erweitert. Dazu gehörte z.B. der ehemalige Betriebsratsvorsitzende des Peiner Walzwerkes und KPD-Stadtverordnete Werner Kratz.

Jetzt allerdings wurde die Aktion auf das Kreisgebiet erweitert. Den Anfang machte der kleine Ort Wense in der Gemeinde Wendeburg. Mit fünf Stolpersteinen wurde die Familie Mesritz geehrt. Die Historikerin Martina Staats schilderte am Beispiel von Erich Mesritz das Schicksal der jüdischen Familie. Dieser lebte bis 1935/36 in Wense und floh wie viele Juden in die Niederlande. Erich Mesritz wurde zur Zwangsarbeit rekrutiert, im Arbeitslager »Elssloo« interniert und anschließend in das Durchgangslager Westerbork de-



Verlegung in Lengede. Bild: pb

portiert. Er ging mit einem Transport zu dem Ziel Auschwitz. Der Zug wird in Cosel gestoppt und Erich Mesritz wird in das Zwangsarbeiterlager Blechhammer gebracht. Er überlebt sogar den Todesmarsch bei Temperaturen von Minus 20° C in das KZ Groß Rosen. Am 7. Februar 1945 stirbt er im »Kleinen Lager« von Buchenwald.

In Peine wird an drei Stellen der jüdischen Opfer gedacht. Peter Baumeister bedankte sich bei den Spendern, und Dr. Jens Binner schilderte das Schicksal der ehemaligen jüdischen Bewohner.

Dabei betonte Bürgermeister Michael Kessler: »Wir in Peine haben noch viel zu tun. Die Zeit der Naziherrschaft muss besser aufge-

arbeitet werden.« Er fand es seltsam, dass die Personalakte eines seiner Vorgänger, von Dr. Wiard Bronleewe, der von 1933 - 1945 Bürgermeister war, verschwunden ist.

In Lengede wurde ein Stolperstein für den Sozialdemokraten Karl Reinhold Zobel gesetzt, der sofort 1933 von den Nazis abgesetzt worden war. Zwei Schülerinnen der dortigen Realschule schilderten das Leben dieses aufrechten Demokraten, der sich sehr für die Arbeiter eingesetzt hatte. Er überlebte verschiedene KZs und Arbeitslager, in Bergen-Belsen verliert sich seine Spur. Auch Bürgermeister Hans-Herrmann Baas würdigte das Wirken und den aufrechten Gang von Karl Reinhold Zobel. Ein gemeinsames Kaffeetrinken, an dem zahlreiche Mitglieder der Familie Zobel teilnahmen, gab Anlass, auch private Erinnerungen auszutauschen.

In Peine sind jetzt insgesamt 38 Stolpersteine verlegt. Zur besseren Orientierung wird erwogen, dass das Stadtarchiv ein Faltblatt mit den Verlegeorten herausgibt.

**Peter Baumeister**

### In Hustedt tagte Landesdelegiertenkonferenz

Am Wochenende 15./16. November 2008 trafen sich die Delegierten zur 39. ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Niedersachsen in Hustedt bei Celle. Sie hörten ein spannendes Referat unseres Bundessprechers Dr. Ulrich Schneider zum Thema »Zur sozialen Demagogie der Rechten in der Bundesrepublik« sowie den Rechenschaftsbericht von Landesvorstand und SprecherInnenkreis, diskutierten ihn in Arbeitsgruppen, verabschiedeten mehrere Anträge und Resolutionen, u.a. zu Mumia Abu-Jamal, und wählten einen neuen SprecherInnenkreis.

**Stefan Hölzer**

Artikel für die **antifa**-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an [mtb-niedersachsen@vvn-bda.de](mailto:mtb-niedersachsen@vvn-bda.de).

VVN-BdA  
Landesvereinigung Niedersachsen  
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,  
Tel.: (0511) 33 11 36  
Fax: (0511) 33 60 221

E-Mail: [niedersachsen@vvn-bda.de](mailto:niedersachsen@vvn-bda.de).  
Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

Am 14. Februar in Dresden gegen den rechten Spuk angehen

## Naziaufmarsch in der Landeshauptstadt geplant

Die VVN-BdA Sachsen gehört zu den Aufrufern und Unterstützern des »GehDenkens« 2009. Er appelliert an Mitglieder und Freunde, sich aktiv an den gegen die Neonazis gerichteten Aktionen des Dresdner Bündnisses zu beteiligen. In einem Aufruf des Landesvorstandes heißt es:

Zum wiederholten Male nehmen Nazis unter Federführung der NPD das historische Datum 13. Februar 1945 - die Zerstörung Dresdens durch angloamerikanische Bomber - zum Anlass, geschichtliche Ereignisse zu verdrehen und zu verfälschen. Mit einem massiven Aufmarsch von Rechtsextremisten aus ganz Europa sollen die Stärke der neonazistischen Szene demonstriert und die Opfer der alliierten Luftangriffe zur Beendigung des von den deutschen Faschisten unmenschlich geführten Krieges vereinnahmt werden.

Ein breites Bündnis politisch und weltanschaulich ansonsten verschiedener Personen und Gruppierungen, zu dem auch unser Verband der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten gehört, ruft dazu auf, die



Rechtsextremisten nicht ungehindert durch Dresden marschieren zu lassen. Demokraten aus ganz Sachsen, Antifaschisten, humanistisch gesinnte Bürger sind deshalb aufgerufen, am 14. Februar 2009 an Demonstrationen und Kundgebungen in Dresden gegen diesen rechten Spuk teilzunehmen. (...)

Wir rufen alle Landesverbände der VVN-BdA auf, sich ebenfalls an den bundesweiten Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden zu beteiligen. Auf der Internetseite des Landesverbandes werden der Aufruf »GehDenken« und weitere Informationen zum 13. / 14. Februar 2009 veröffentlicht.

### »GehDenken« im Februar 2009 geht alle an

In der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 erfolgte auf Dresden einer der schwersten Luftangriffe auf eine Stadt im 2. Weltkrieg. Bis zu 25 000 Menschen verloren ihr Leben. Der von den deutschen Faschisten ausgelöste Weltbrand war in seiner ganzen Grausamkeit auf Deutschland zurück gefallen. So wie einst die Goebbelsche Propaganda nutzen seit Jahren die Neofaschisten das Inferno von Dresden für ihre Zwecke. So wird vom »Bomben-Holocaust« und der Kriegsschuld der Alliierten gesprochen, werden die millionenfache Judenvernichtung und die deutschen Weltkriegsverbrechen relativiert und verharmlost.

Schamlos nutzt vor allem die NPD das Gedenken der Dresdner an die Bombenopfer aus. In Dresden hat sich ein breites Bündnis gebildet, das gegen diesen Missbrauch der Opfer von 1945 unter dem Motto »GehDenken« mobil macht. **Peter Giersich**

## »Die Ursachen benennen«

### Hans-Jürgen Muskulus zu den geplanten Aktionen im Februar

**Hans-Jürgen Muskulus, der Vorsitzenden des Stadtverbandes der LINKEN in Dresden, erklärte gegenüber unserer Zeitschrift in einem Gespräch mit Peter Giersich:**

In den vergangenen Jahren mussten wir erleben, wie Horden von Nazis durch Dresden liefen. Auch das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 13. Februar auf dem Heidefriedhof hat uns aufgewühlt. Es entgleiste zu einer Demonstration der Nazis. Grundsätzlich musste über das Vorgehen im Umfeld des 13. Februar, der mittlerweile für den europaweiten Aufmarsch von Nazis missbraucht wird, nachgedacht werden.

Wir wollen im Dresdner Bündnis für Demokratie und Courage 2009 für eine bundesweite Antinazidemonstration mobilisieren. Zahlreiche Persönlichkeiten konnten als Unterstützer der Demon-

stration gewonnen werden. Unter ihnen sind die Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Frau Knobloch, Bundespräsident



Hans-Jürgen Muskulus

a. D. Weizsäcker, SPD-Chef Müntefering, Grünen-Chefin Roth, der Fraktionschef DER LINKEN im Bundestag Gysi.

Unser Bündnis ist für alle demokratischen, antifaschistischen Parteien und Kräfte offen. Neben den

Landtagsparteien – außer CDU und FDP – gehören auch die Initiativen »No Pasaran«, die Amadeu-Antonio-Stiftung, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Evangelisch-Lutherisches Missionswerk Leipzig e.V., Jüdische Gemeinde Dresden, Kampagne »Laut gegen Nazis«, der Superintendent des Kirchenbezirk Dresden Mitte und andere dazu.

Wir meinen, dass neben dem Gedenken auch gesagt werden muss, welche Ursachen und politischen Ereignisse zu den Opfern geführt haben. Wir fordern von der Stadtverwaltung, einen anderen Ablauf der Veranstaltung zu organisieren. Sollte die bisherige Form beibehalten werden, nehmen wir - wie auch die Jüdische Gemeinde, die VVN-BdA Sachsen, die SPD und die Grünen - nicht an dieser Veranstaltung teil. Wir wollen dann am Nachmittag eine eigene Gedenkveranstaltung abhalten und

hoffen, dass sich zahlreiche Dresdner beteiligen werden.

Die Nazis, organisiert von den »freien Kameradschaften«, unterstützt von der NPD, wollen am 13. und 14. Februar ein europaweites Treffen in Dresden veranstalten, das als ihr Auftakt zum Wahljahr 2009 zu verstehen ist. Wir wollen ihnen »in die Suppe spucken«, indem wir ihre Veranstaltung am Abend des 13. Februar vor dem Rathaus, wo die »Trümmerfrauen« stehen, kommentieren werden. Am 14. Februar ist ein Sternmarsch auf das Stadtzentrum zu geplant. Auf dem Theaterplatz wird nach der gemeinsamen Kundgebung ein Konzert mit bekannten Gruppen und Künstlern stattfinden. Das alles wird als friedlicher Protest gegen die rechte Bewegung durchgeführt.

Redaktion: Peter Giersich  
Tel. und Fax: (037 44) 80883  
Zuschriften bitte an  
VVN-BdA Sachsen  
Wettiner Platz 10  
01067 Dresden  
E-Mail: sachsenantifa@t-online.de